Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 2.35 M., monatl. 10 M. vorauszahlbar frei ins Haus, Kreuzbandsendung monatlich 12 M.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Expedition. Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 20 ₰, abends sowie Sonn- und Festtags 30 ₰

Hamburger Echo

Anzeigen die 4gespaltene Petitzeile 2.20 M., zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 2.40 M. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 157. Mittwoch, den 6. April 1921 – Morgen-Ausgabe. 35. Jahrgang.

Das Arbeiterwohnungsproblem im Hamburger Hafen.

Wenn man sich über die Schädigungen klar werden will, die durch die Rücksicht auf die Begrenztheit des hamburgischen Territoriums sowohl der Ausbau des hamburgischen Hafens als der hamburgische Stadtplan selbst erlitten hat, so wird man sich einmal die Methoden vergegenwärtigen müssen, die andere europäische Hafenstädte in bezug auf ihre Hafen- und Stadtpläne eingeschlagen haben. Wir sehen dabei in Rotterdam und Antwerpen, daß sich an jede Ausdehnung des Hafens organisch eine Erweiterung der Industriebezirke und in unmittelbarem Zusammenhang mit diesen der Ausbau von Wohnvierteln für die in den betreffenden Industrie- und Hafenanlagen beschäftigte Arbeiterschaft vollzogen hat. Das Prinzip, das sich hier offenbart, wäre so zu formulieren: Die Arbeiterschaft muß möglichst ohne Inanspruchnahme von Verkehrsmitteln von der Wohnung zur Arbeitsstätte gelangen können.

In Hamburg stand man bisher vor der Notwendigkeit, alles Hafengebiet, das sich für Anlagen an seeschifftiefem Wasser ausnutzen ließ, dem Wohnungsbau von vornherein zu entziehen und dem Industriebau nur insoweit zuzuweisen, als unwiderlegbare Notwendigkeiten dies forderten. Wir sehen also das Bild eines sich mehr als 10 Kilometer in die Länge streckenden Gebietes, in dem vor dem Kriege rund 70 000 Arbeiter beschäftigt waren und das durch den Elbstrom von der hamburgischen Innenstadt und von Altona getrennt ist. Aufstellungen, die im Jahre 1913 in dieser Richtung hin gemacht worden sind, haben ergeben, daß von diesen 70 000 Arbeitern im Hafengebiet etwa 40 000 in benachbarten Stadtteilen Hamburgs und Altonas wohnten und etwa 30 000 in den Vororten. Von diesen zuerst genannten 40 000 Arbeitern brauchte der größte Teil lediglich die Elbe zu überschreiten, was im Fährverkehr, über die Elbbrücke oder durch den Elbtunnel geschah. Die entfernter Wohnenden mußten die hamburgischen Landverkehrsmittel benutzen. Man hat errechnet, daß mindestens etwa 26 000 der im Hafengebiet beschäftigten Arbeiter in entfernter gelegenen Stadtteilen wohnten und morgens und abends durchschnittlich je eine deutsche Meile zurücklegen mußten, um ihre Arbeitsstätte oder Wohnungen zu erreichen. Wenn man bedenkt, daß die hamburgische Hochbahn bei äußerster Ausnutzung die Möglichkeit besitzt, etwa 18 000 Personen in der Stunde zu befördern, so wird einem zum Bewußtsein kommen, wie gewaltig die Verkehrsansprüche sind, die vor Anfang und nach Beendigung der Arbeit allein von der im Hafen beschäftigten Bevölkerung an die hamburgischen Verkehrsmittel gestellt werden müssen. Nun lassen sich alle Verkehrseinrichtungen nur dann wirtschaftlich gestalten, wenn eine gewisse Gleichmäßigkeit der Benutzung erzielt werden kann und wenn nicht auf Höchstleistungen, die nur durch einen großen Aufwand von Menschen und Material zu bewältigen sind, Perioden mit stark abflauendem Verkehr folgen. Es kann ohne Uebertreibung gesagt werden, daß bereits vor dem Kriege die hamburgischen Verkehrsmittel an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen waren. Was es aber volkswirtschaftlich bedeutet, daß man nahezu 30 000 deutsche Männer täglich auf einer Strecke von 2 Meilen transportiert, ergibt sich nicht nur aus der Höhe der für Fahrgeld aufzuwendenden Summe, sondern auch aus dem entstehenden Zeitverlust. Wenn man nun damit rechnet, daß bei einem Wiederaufbau des hamburgischen Hafens und der unbedingt notwendig gewordenen Schaffung großer Industrien im Hafengebiet neue große Arbeitermassen hinzukommen müssen, so wird man innerhalb des jetzigen hamburgischen Gebietes und auch in den benachbarten Kreisen Pinneberg und Stormarn nur Wohngelegenheiten schaffen können, die noch wesentlich weiter als eine deutsche Meile von den Arbeitsstätten entfernt sind. Ziehen wir nur einmal in Betracht, daß die Deutsche Werft, die jetzt etwa 2000 Arbeiter beschäftigt, nach ihrem vollständigen Ausbau und bei einem Betrieb, der diesem Ausbau entspricht, etwa 20 000 Arbeiter beanspruchen wird, so stellt dies eine Werk bereits ein Verkehrsproblem, das völlig unlösbar erscheint. Unsere größten jetzigen Fährdampfer im Hafen fassen 600 Passagiere. Nehmen wir an, daß wir Fährdampfer bauen würden, die 2000 Passagiere aufnehmen können, so würden davon allein 10 Dampfer notwendig sein, um die Arbeiter der Deutschen Werft von den Landungsbrücken bis an ihre Arbeitsstätten zu transportieren. Wer soll diese Dampfer bauen? Wer soll den höchst unrentablen Betrieb übernehmen? Hamburg wird dazu nicht in der Lage sein und die Deutsche Werft würde bei solchen Unkosten für die Arbeiterbeförderung von den Landungsbrücken in ihr Arbeitsgebiet kaum wirtschaftlich arbeiten können. Daß unsere Straßenbahn und die Hochbahn gleichfalls nicht in der Lage sind, bei ihren bisherigen Ausgaben weitere 20 000 Fahrgäste innerhalb der Hauptverkehrszeiten zu bewegen, steht außer Debatte. Selbst wenn man also nur dieses eine Beispiel herausgreift, muß man erkennen, daß sich auch Hamburg wie alle andern großen Hafenstädte das Prinzip zu eigen machen muß, Wohngebiete zu errichten, die den Arbeitsstätten so nahe gelegen sind, daß diese ohne Inanspruchnahme von Verkehrsmitteln erreicht werden können.

Wenn es jetzt gelingen sollte, die Einschnürungen durch die preußische Grenze innerhalb des hamburgischen Hafengebietes zu beseitigen, so werden die hamburgischen Techniker beim Entwurf der grundlegenden Pläne für die Aufteilung der Flächen das Problem dieser Wohnstätten zu lösen haben und die Möglichkeit finden, in jenem Sinne zu arbeiten, in dem beispielsweise in Rotterdam und Antwerpen bereits gearbeitet worden ist. Bisher mußte der Staat notgedrungen aus seinen Dispositionen über das Hafengebiet die Wohnfrage fast völlig ausschalten und es dem privaten Unternehmertum überlassen, wo die aus dem Innern der Stadt hinausdrängenden Arbeitermassen angesiedelt wurden. In einer Zeit wie der gegenwärtigen, in der wir zu äußerster Sparsamkeit mit Menschenkraft und Geldmitteln gezwungen sind, erweist sich das frühere System als unbrauchbar.

Wenn man, wie in einer Schrift von W. Siebeking und E. Jung über Neu-Hamburg berechnet wird, annimmt, daß bei dem zu erwartenden Wachstum des Hafens und seiner Industrien in den Gebieten von der Müggenburger Schleuse bis zum Köhlbrand 80 000 Arbeiter und in dem Gebiet auf Waltershof und Drabenau etwa 80 000, ferner auf dem Finkenwärder Vorland 25 000 Arbeiter tätig sein werden, so darf man also in nicht zu ferner Zeit mit 135 000 Menschen rechnen, die in diesen Bezirken tätig sind. Eine solche Entwicklung wird einfach unmöglich sein, wenn man nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit den Arbeitsgebieten entsprechende Wohnungen zu bauen vermag.

Es kann nicht die Absicht dieser Ausführungen sein, bereits im einzelnen Vorschläge für die Gestaltung dieser Wohnstätten zu machen. Sie haben nur die Absicht, zu zeigen, daß die Frage eines Groß-Hamburg nicht zu lösen ist, wenn man Hamburg nur gerade soviel neues Gebiet zur Verfügung stellt, als zur Erfüllung der unmittelbaren Hafen- und Industriebedürfnisse notwendig ist. Kann man jetzt nicht so großzügig disponieren, wie es die Rücksicht auf die Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten erfordert, so wird man zu Maßnahmen kommen, die sich später als verhängnisvoll erweisen. Auch die wichtige Frage des Eisenbahnanschlusses des Industrie- und Hafengebietes wird hier heranzuziehen sein, denn alle mit Groß-Hamburg verbundenen Probleme stellen eine Einheit dar, die nicht gestört werden kann, wenn nicht das Gesamtergebnis von vornherein in Frage gestellt werden soll. Hamburg hat in seiner Vergangenheit immer wieder die Erfahrung machen müssen, daß seine Entwicklung nicht richtig eingeschätzt worden ist und daß sich Fehler, wie sie zum Beispiel mit der Lage der Elbbrücken gemacht worden sind, niemals wieder korrigieren lassen.

So ist also die Forderung, daß die Interessen der drei Städte Harburg, Altona und Hamburg jetzt endlich einmal unter einheitlichen Gesichtspunkten zusammengefaßt werden müssen, auch aus tiefen verkehrs- und siedelungstechnischen Notwendigkeiten heraus begründet. Selbst die bedeutungsloseste Arbeit an der Neugestaltung des hamburgischen Hafens hat zur Voraussetzung, daß zwischen allen Beteiligten Klarheit über die Grundauffassung der Neugestaltung der Verhältnisse besteht.

Koalitionsbesprechungen in Preußen.

Unser Berliner Mitarbeiter teilt uns mit:

Die Regierungsbildung in Preußen geht ihren bisherigen Schneckengang weiter. Alle Sitzungen der Fraktionen und der führenden Parteiinstanzen, die im Laufe des gestrigen Tages stattfanden, haben bisher noch keine Aussicht dafür gebracht, daß die Kabinettsbildung sowohl deren Form, als deren Zusammensetzung — entgegen allen Erwartungen — vor der Eröffnung des Landtages geregelt sein wird. Gestern vormittag hielt der sozialdemokratische Parteivorstand gemeinsam mit dem Fraktionsvorstand unserer Landtagsfraktion eine Sitzung ab, die sich eingehend mit der Situation in Preußen beschäftigte. Um 2 Uhr nachmittags trat die Landtagsfraktion zusammen. Die Landtagsfraktion hat augenblicklich nicht den geringsten Anlaß zu einer Aenderung des Beschlusses, betreffend die Ablehnung jeder Koalition mit der Volkspartei. Nach wie vor beharren die sozialdemokratischen Vertreter im Preußischen Landtag auf dem Standpunkt, daß auf Grund des Wahlergebnisses und somit auf Grund des Volkswillens die Fortführung der alten Koalition möglich ist. Das schöne Wort des Herrn Stresemann: „Von roten Ketten macht Euch frei allein die Deutsche Volkspartei", übt für die augenblickliche Situation nicht mehr die richtige Wirkung. Wir können heute nur feststellen, daß es gerade die Deutsche Volkspartei ist, die zur Anerkennung aller sozialdemokratischer Bedingungen bereit ist, selbstverständlich, um sie später, nachdem ihre Vertreter die Ministersessel inne haben, nicht mehr zu halten. Aber alles Liebeswerben der Volkspartei mit Unterstützung des Zentrums und der Demokraten kann an der augenblicklichen Haltung der Sozialdemokratie nichts ändern. Mit Gegnern der Republik, mit Gegnern der Reichsverfassung, mit Antipoden jeder Demokratisierung der Verwaltung, wird in Preußen keine Regierung gebildet werden. Das sollen sich vor allen Dingen diejenigen zu Herzen nehmen, die bereits jetzt einen Umfall der Sozialdemokratie zu konstruieren versuchen, die bereits das Kabinett von Stresemann bis Braun verwirklicht sehen und hierüber eine sonderbare Freude zum Ausdruck bringen.

*

Nach den Fraktionssitzungen der Sozialdemokraten, der Demokraten traten Vertreter der bisherigen Koalitionsparteien in den gestrigen Abendstunden abermals zu einer interfraktionellen Sitzung zusammen, die bis 8½ Uhr dauerte. Ueber den Verlauf der Sitzung herrscht strengstes Stillschweigen.

Demaskiert.

Die „Rote Fahne", das Zentralorgan der VKPD., ist wieder erschienen und hat in seinen ersten Nummern unter der Ueberschrift „Revolutionäre Offensive" Stellung zu dem verbrecherischen Märzputsch dieses Jahres genommen. Die VKPD. läßt durch ihr berufenes Sprachrohr in diesen Artikeln erklären, daß sie die Verantwortung übernimmt für die blutigen Geschehnisse; darüber hinaus aber nimmt sie die Maske einer proletarischen Partei des Klassenkampfes ab und demaskiert sich als eine Sekte anarchistischer Putschisten, der jedes Mittel recht ist, um die Brandfackel ins Volk zu werfen. Ganz offen wird erklärt, daß die Partei nicht daran denke, „zu warten, bis die Verhältnisse „reif" sind", daß sie eben, wo sie könne, losschlage. Der Typus Hölz ist das Symbol dieser sogenannten Arbeiterpartei geworden. Es fällt ihr nicht im Traume ein, „durch bloße Agitation die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft für sich zu gewinnen". Sie weiß, daß ihr das nie gelingen wird, weil noch das Klassenbewußtsein des deutschen Proletariats nicht verbrecherischen Instinkten gewichen ist, darum tut sie so, als verzichte sie gern auf die Mehrheit. Sie beschränkt sich darauf, „eine Politik der revolutionären Offensive" zu betreiben, gleichgültig, ob die Arbeiterschaft als Opfer auf der Strecke bleibt, wie jetzt nach den Wahnsinnstaten in Hamburg, Mitteldeutschland usw. Die „Lösung durch die proletarische Revolution" muß unter allen Umständen herbeigeführt werden, selbst wenn sie in irrsinnigen, von vornherein zu blutigem Mißlingen verurteilten Putschen, Attentaten, Betriebsbesetzungen besteht. Dazu noch angesichts des zum Beispiel in Hamburg durch gemeinsten Lug und Trug angezettelten Aufruhrs (siehe die letzten „Volkszeitungs"-nummern) die Frechheit: „Man kann keine Aktion aus der blauen Luft beginnen."

Die VKPD. hat sich demaskiert. Sie nimmt die Verantwortung für die geschehenen Verbrechen auf sich, sie fordert zu neuen heraus. Das deutsche Proletariat aber ist dadurch vor die Frage gestellt, ob es auch nur zu geringstem Teile weiter dem haltlosesten Anarchismus nachstürzen will, oder ob es gewillt ist, mit seiner ganzen organisierten Kraft die Zerstörer seines Klassenkampfes, die terroristischen Wegbereiter der Orgesch und Ludendorffs, im Interesse des Sieges des Sozialismus als das zu bekämpfen, als was sie sich selbst demaskiert haben.

In unserer Nachricht zur Regierungsbildung in Preußen in der gestrigen Morgenausgabe hat sich ein Versehen eingeschlichen. Es muß heißen (in der aus dem „Vorwärts" zitierten Stelle): „Die sozialdemokratische Fraktion wird von dem Standpunkt nicht abgehen, daß sie nur mit Politikern (nicht wie es bei uns hieß „Parteien") zusammenwirken kann, die sich entschieden zur demokratischen Republik bekennen."

Mandats-Niederlegung. Genosse Dr. Max Frank, Dortmund, der infolge der Nachwahlen zum Reichstag auf der Reichsliste zum Reichstagsabgeordneten aufrückte, hat dem Parteivorstand mitgeteilt, daß er wegen geschäftlicher Ueberlastung sein Mandat wieder niederlege. An seine Stelle tritt der Genosse Prof. Dr. Grotjahn.

Bei der Aktion in Mitteldeutschland sind nach den bisherigen Feststellungen 3642 Personen festgenommen worden. Der Hauptteil der Verhafteten befindet sich in Leuna.

Die französische kommunistische Partei gibt vom 8. April an ein neues Abendblatt heraus, das den Titel „L'Internationale" führt. Es erscheint in dem gleichen Verlage wie die „Humanité".

Der polnische Ministerpräsident Witosch erklärte Pressevertretern, Polen würde seine gerechten Ansprüche auf Oberschlesien durchsetzen. Die Forderungen würden aus wirtschaftlichen und geographischen Gründen über die sogenannte Korfantylinie hinausgehen.

Ausgespielt.

Der Draht meldet aus Budapest: Bei Eröffnung der Sitzung der Nationalversammlung teilte Ministerpräsident Graf Teleki mit, daß der Exkaiser am Vormittag 10,35 Uhr aus Steinamanger abreise.

Das ungarische monarchistische Komödienspiel ist beendet, Karl von Habsburg hat nicht einmal vermocht, sich einen einigermaßen achtbaren Abgang zu verschaffen. Der Druck der Entente war zu groß und der persönliche Mut im entscheidenden Augenblick zu klein. Die Welt ist von einem neuen Brand verschont geblieben, Ungarn aber und sein Proletariat haben wenig Grund zum Frohlocken: Karl ist abgereist, Horthy, der Herr des weißen Terrors, regiert weiter.

*

Unser Berliner Mitarbeiter drahtet folgendes:

Das Abenteuer Karls von Habsburg hat jetzt durch die Abreise des ungarischen Exkönigs von Steinamanger sein Ende gefunden. Unter starker Bewachung der Ententebehörden ist der Hofzug am Dienstag vormittag ohne Bezeugung irgendwelcher Kundgebungen abgefahren. Dieses Scheiden Karls von Habsburg von ungarischem Boden bedeutet für die kleine Entente den ersten positiven Erfolg, dem sich weitere anschließen werden, sobald sich irgendwelche monarchistische Bestrebungen in Mitteleuropa geltend machen würden. Karl von Habsburg hat sich durch dieses Unternehmen selbst der Lächerlichkeit preisgegeben. Diese politische Kindsköpferei wird jetzt eine ganze Reihe Persönlichkeiten in Ungarn wie in Oesterreich die Position kosten. Die österreichische Regierung hat bereits eine ganze Reihe Männer, die mit Karl in Verbindung standen, ausgewiesen, und auch der österreichische Innenminister mußte aus den gleichen Gründen dem Druck der sozialdemokratischen Fraktion weichen. Vermutlich werden sich noch weitere Personen künftighin mit den Pensionssätzen zufrieden geben müssen, sobald einwandfrei festgestellt ist, daß sie mit Karl von Habsburg in Verbindung standen. Desgleichen ist inzwischen der ungarische Außenminister den Ereignissen zum Opfer gefallen. Diese Haltung der österreichischen wie der ungarischen Regierung hat letzten Endes dazu beigetragen, um für die Zukunft das bisherige gute Verhältnis mit der kleinen Entente zu sichern und um nicht auch das Verhältnis zu den Staaten der Alliierten ganz aufs Spiel zu setzen.

Um die Reparation.

Am 31. März fand wiederum eine Besprechung der deutschen Delegation mit der Reparationskommission statt. Der Gegenstand der Besprechung war die Art der Berechnung von Familienunterstützungen, die Deutschland auf Grund der Bestimmungen in Ziffer 7 Anhang 1 zu Teil 8 des Friedensvertrages zur Last fallen. Die deutsche Delegation erklärt, daß Deutschland nur verpflichtet ist, für die Unterstützungen Schadenersatz zu leisten, die den Familien der mobilisierten Truppen vor dem Waffenstillstand vom 9. November ausgezahlt worden sind und daß der in Frankreich geltende Durchschnittstarif, von dem im Friedensvertrag die Rede ist, als Höchsttarif für die verschiedenen Mächte gelte und nicht als Durchschnittstarif. Jede Macht könne also nur die Erstattung aller derjenigen Summen verlangen, die sie tatsächlich zahlte, ohne aber dabei nochmals die Erstattung der Summe verlangen zu können, die das übersteigt, was sie bei der Anwendung des französischen Tarifs bezahlt hätte. Die deutsche Delegation hält grundsätzlich daran fest, daß sie an die Kolonialtruppen keine Familienunterstützungen zu zahlen hat, da diese nicht als Staatsangehörige der betreffenden Macht in Frage kommen. Auf jeden Fall aber müssen bei der Berechnung des französischen Durchschnittstarifs, der im Friedensvertrag vorgesehen ist, nicht nur die Beträge berücksichtigt werden, die an die Familien der Stammtruppen, sondern auch diejenigen, die an die Familien der Kolonialtruppen gezahlt worden sind. Die deutsche Delegation erklärt, daß die Erstattungspflicht Deutschlands von dem Augenblick an beginne, von dem ab die betreffenden alliierten und assoziierten Mächte sich tatsächlich im Kriegszustand mit Deutschland befanden. Die Reparationskommission prüft zurzeit diese Frage und faßt demnächst endgültige Beschlüsse.

Tages-Bericht.

Hamburg.

Weitere Opfer des kommunistischen Wahnsinns.

Nicht nur die Toten des 23. März sind die Opfer des Wahnsinnsstreichs der Kommunisten, sondern auch all die vielen Arbeiter mit ihren Familien, die infolge der Schließung der Werften arbeitslos oder später nicht wieder eingestellt wurden. Damit aber noch nicht genug; im Verlauf der kommunistischen Aktion kam es zu vielen Straftaten, die jetzt vor dem außerordentlichen Gericht des Reiches abgeurteilt werden. Die erste dieser Verhandlungen fand bereits am gestrigen Tage statt. Wie aus dem weiter unten abgedruckten Bericht hervorgeht, befindet sich unter den Angeklagten bisher keiner der bekannten Führer, es sei denn, man rechne Alfred Lehy, der während der Zeit der Laufenberg-Herrschaft in Hamburg die bekannte schäbige Rolle spielte, dazu. Wie in diesem ersten Prozeß, so wird es auch in den weiteren sein; unter den Angeklagten sind die meisten in den Putsch getrieben worden und man muß auch sie als Opfer der unverantwortlichen Hetze und des kommunistischen Wahnsinns bezeichnen. Die gestrigen Angeklagten fühlen sich nach ihren Aussagen auch als solche; selbst Lehy will nur zufällig aus der Volksoper kommend, in den Krawall hineingeraten sein.

Der Moskauer Befehl erfordert schwere Opfer; denn wie es von derartigen außerordentlichen Gerichten nicht anders zu erwarten ist, fallen die Urteile sehr hart aus. Schließlich kann man aber nichts anderes sagen, als daß die Anstifter des Verbrechens, denn mit Politik hat der Putsch nichts zu tun, diese Urteile gegen sich und ihre Opfer selbst heraufbeschworen haben.

*

Mit dem Kommunisten-Putsch beim Millerntor am 23. März hatte sich das Außerordentliche Gericht des Reiches in seiner ersten Sitzung unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Steinicke zu befassen. Zur Sicherheit des Gerichts wird jede Person, die zum Zuhörerraum Zutritt wünscht, auf den Besitz von Waffen untersucht. Die Anklage gegen die neun Beschuldigten lautet auf öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze, Aufruhr beziehungsweise Widerstand und Hochverrat. Die Angeklagten sind der Buffetier Paul Weber, der Matrose Wilhelm Blaase, der Elektriker Carl Strehlow, die geschiedene Ehefrau Therese Schirrmaker, der Einziehungsbeamte beim Arbeitsamt und Mitglied des Bildungsausschusses der KPD. und Bürgerschaftskandidat Alfred Lehy, der Bote von der Vulkan-Werft Martin Kuck, der Maschinenbauer von der Werft von Blohm & Voß Friedrich Schanze, der Schiffbauer bei der Reiherstieg-Werft Waldemar Punk und der Schmied Wilhelm Czerolka. Die Angeklagten, von denen einige zur Versammlung auf dem Heiligengeistfeld gehen wollten, wollen ganz zufällig in die Menge geraten sein. Der Angeklagte Weber will nur gelacht haben, weil in der Menge eine lustige Stimmung herrschte.... Lehy erklärt, er sei als Mitglied des Bildungsausschusses von der Volksoper gekommen und habe gesehen, daß Czerolka von Beamten sehr kräftig zur Wache gebracht wurde. Er habe dann die Beamten gebeten, den Arrestanten loszulassen, da er freiwillig mitgehen würde. Dann sei er selbst in sehr derber Weise festgenommen worden. Der auch des Hochverrats beschuldigte 20jährige Schanze, der seit seiner Lehrzeit bei Blohm & Voß beschäftigt ist, soll auf dem Direktionsbureau die rote Fahne gehißt haben. Er gibt an, er sei vormittags mit andern vom Kolonnenführer von der Arbeit gejagt worden. Als er dann zum Direktionsbureau ging und etwas Geld auf sein Sparkassenbuch erheben wollte, sei ihm ein Mann mit einem roten Tuch entgegengekommen und habe ihn veranlaßt, die rote Flagge auf dem Direktionsgebäude aufzuziehen. Er sei Mitglied der proletarischen Jugend, habe sich aber noch nicht für Beitritt zu einer politischen Partei entschlossen. Er besuche zwar politische Versammlungen und auch die Laufenbergschen. Allerdings stehe er auf dem Standpunkt, daß das Proletariat sich eine bessere Stellung im Staate erringen müsse. Nachmittags habe er sich beim Millerntor gänzlich passiv verhalten und nur einem Mann, der einen Halsschuß erhalten hatte, geholfen und in ein Weinrestaurant gebracht. Die als Zeugen vernommenen Mitglieder der Polizei sagen sehr belastend gegen die Angeklagten, mit Ausnahme gegen Kuck, aus. Aus der Menge sei gerufen worden: „Ihr Hunde, Euch werden die Augen ausgestochen! Ihr Lumpen. Eure Stunde wird auch noch schlagen, dann werden wir uns rächen." Ein Werftingenieur von Blohm & Voß schilderte die Vorgänge auf der Werft am 23. März. Die Leitung des Betriebes habe dem sinnlosen Verlangen des Aktionsausschusses, die Erwerbslosen einzustellen, nicht nachgeben können, weil dazu jegliche Vorbedingung fehlte. Zahlreiche Vorgesetzte seien dann schwer mißhandelt worden. Der angerichtete Schaden belaufe sich auf 10 Millionen Mark, davon werden die Werft, die Allgemeinheit und die Arbeiterschaft betroffen werden. Es sei unmöglich gewesen, den Arbeitern deren Lohn in Höhe von 500 000 M zu Ostern auszuzahlen, worauf sie gerechnet haben. Nach der stattgefundenen Verhandlung verurteilt das Gericht wegen Aufruhrs Weber, Blaase, Strehlow und Czerolka zu je 1 Jahre, Lehy zu 8 Jahren, Punk zu 18 Monaten, Schanze zu 15 Monaten Gefängnis, die Schirrmaker wegen qualifizierten Landfriedensbruchs zu 18 Monaten Zuchthaus, spricht aber Kuck frei. In den Entscheidungsgründen wird ausgeführt, daß es sich um einen Aufruhr zu hochverräterischem Unternehmen handelte, was schon aus den Vorgängen am Morgen des 23. März auf der Werft von Blohm & Voß hervorgehe. Der Angeklagte Lehy, ein Staatsbeamter, gehöre zweifellos zu den Drahtziehern, die die unbesonnene Menge zu Gewalttaten aufhetzen. Die Schirrmaker habe die Beamten, darunter den später erschossenen Wachtmeister Adler, in erheblichem Maße angegriffen, dem Adler sogar ins Gesicht geschlagen. Der Angeklagte Punk habe, wie festgestellt, gerufen: Sticht den Beamten die Augen aus!

*

Wegen Verbreitung eines Flugblattes hochverräterischen Inhaltes nach dem Verbot der „Volkszeitung" war der Arbeiter Oswald Kahl vor dem Außerordentlichen Gericht des Reiches angeklagt. K., der Kommunist ist, sagt, er habe den Inhalt des Flugblattes nicht gekannt, und verweigere die Angabe der Person, die ihm die Blätter zur Verbreitung übergeben hatte. Das Urteil lautet auf 6 Monate Festungshaft.

Die Groß-Hamburg-Frage in der Zentralstelle für Neugliederung des Reiches.

Am Donnerstag, 24. März, hat in Berlin unter Vorsitz des Grafen Rödern eine Sitzung des Groß-Hamburg-Ausschusses der Zentralstelle für Neugliederung des Reiches stattgefunden. Wie verlautet, sind in ihr die technischen Gutachten gehört worden, die von zwei preußischen Autoritäten auf dem Gebiete des Strom- und Hafenbaues erstattet worden sind. Da es nicht möglich war, auch die anderen Gutachten bereits zum Abschluß zu bringen, wird eine neue Sitzung im April stattfinden. In ihr wird der Ausschuß aller Voraussicht nach seine Tätigkeit beenden, die nur in der Erstattung eines Gesamtgutachtens besteht.

Aus den Verhandlungen des Verbraucherbeirats.

Im Verbraucherbeirat wurde die Verteilung der Bestände an Gefrierfleisch in Aussicht gestellt, da der Reichsernährungsminister damit beginnen will. Man hofft, durch diese Verteilung von Gefrierfleisch in Hamburg preissenkend zu wirken. Bezüglich der Wurstpreise wird durch Vergleich verschiedener Proben festgestellt, daß die Wurst zum Beispiel in einer hannoverschen mittleren Großstadt um ein Viertel billiger ist als in Hamburg. — Die Milch vom Schlachthof soll für den allgemeinen Verkehr ungeeignet sein, da reguläre Milchkühe ja nicht angeliefert werden, auch sei das Quantum unerheblich. — Der Verkehr mit Milch ist in Mecklenburg ganz freigegeben. Die Butter kostet für Großstädter von dort 24 M; südlich Lüneburgs soll sie für 20 M angeboten werden. — Die schlechte Beschaffenheit des Brotes und seine Schwerverdaulichkeit wird zum Teil dadurch erklärt, daß die Bäcker mehr Rundstücke backen und dann mehr Streckungsmehl ins Brot kommt, als vorgeschrieben. — Anzüge für höchstens 400 M sollen der hamburgischen Bevölkerung in kürzester Frist zunächst 10 000 Stück zur Verfügung gestellt werden. Da sie auch in Hamburg genäht werden sollen, bedeutet dies zugleich eine vermehrte Arbeitsgelegenheit. Die Anregung, auch für Frauen billige Stoffe zu vermitteln, soll geprüft werden.

Den Dank der Oberschulbehörde an Bürgermeister D. Dr. von Melle für dessen langjähriges Wirken in der Behörde übermittelte eine Delegation von Mitgliedern und Oberbeamten der Oberschulbehörde, die sich am Dienstag vormittag unter Führung des gegenwärtigen Präses Senator Krause nach dem Hause des aus dem Senat und der Oberschulbehörde ausgeschiedenen Bürgermeisters begeben hatte. Herr von Melle hat der Oberschulbehörde 30 Jahre als Mitglied und 17 Jahre als Präses angehört und sich viele Verdienste vor allem um das höhere Schulwesen, das ihm besonders unterstellt war, erworben. So verdankt vor allem das höhere Mädchenschulwesen seiner Initiative seine Entstehung in Hamburg. Auch das einst sehr bedeutsame Allgemeine Vorlesungswesen und die Universität haben in ihm ihren eifrigsten Förderer gefunden.

Der Verein zur Hebung der öffentlichen Sittlichkeit veranstaltet folgende Vorträge: Freitag, 8. April, vormittags 9½ Uhr, Esplanade 12: Reg.-Rat Prof. Brunner-Berlin: „Wie bekämpfen wir die sittliche Verwahrlosung im Schaustellungs- und Vergnügungswesen?" — Nachmittags 4 Uhr, Esplanade 12: „Eine Besprechung im Kampf um das Bordell". Pastor Stalmann-Altona. — Abends 7½ Uhr, Jacobi-Gemeindesaal, Bugenhagenstraße: §§ 218/220 Str.-G.-B. und die Volkswohlfahrt". Pastor C. Hoppe-Berlin.

Der Verein hamburgischer Staatsbeamten verkaufte sein in Cuxhaven belegenes Geschäftsgrundstück (Haus mit Eckbauplatz), belegen Friedrich Karl-Straße, zum Preise von 85 000 M an den Kaufmann Ludwig Karspeck in Cuxhaven. Die Uebernahme erfolgte am 1. April. Wie wir einem Bericht der Cuxhavener „Alten Liebe" entnehmen, führte der Verkauf des Grundstücks, in dem sich auch die Warenverteilungsstelle des Vereins befand, in der letzten Mitgliederversammlung des Vereins hamburgischer Staatsbeamten zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen Vorstand und den beiden von Cuxhaven entsandten Mitgliedern. Herr Müller warf dem Vorstand vor, daß er den Bezirk Cuxhaven bei Aufsetzung des Vertrages völlig ausgeschaltet und im übrigen eine zu große Hast beim Verkauf an den Tag gelegt habe. Er betonte des weiteren, daß der von Herrn Karspeck zu zahlende Preis von 85 000 M zu niedrig bemessen sei und daß nicht sämtliche Verhandlungsmöglichkeiten mit dem Konsum- und Sparverein erschöpft worden seien. Herr Lünstedt bemängelt die Abschätzung durch Nichtfachleute und bot im Namen des Bezirks 11 Cuxhaven 90 000 M, im übrigen erklärte er, die Versammlung sei beschlußunfähig, da sie nicht als Generalversammlung einberufen sei. Unter schärfstem Protest der Cuxhavener wurde trotzdem beschlossen, das Grundstück für 85 000 M an Herrn Karspeck zu verkaufen. Unter „Verschiedenes" wies Herr Müller die Angriffe des Vorstandes auf Herrn Winkler als unbegründet zurück und überreichte anschließend daran dem Vorsitzenden folgende Entschließung: „Die heute tagende Mitgliederversammlung des Vereins hamburgischer Staatsbeamten, Bezirk 11, spricht ihrem Vorsitzenden, Herrn Winkler, ihr vollstes Vertrauen aus. Sie verurteilt mit aller Entschiedenheit die Art und Weise, wie der Verkauf der hiesigen Waren-Verteilungsstelle bewerkstelligt worden ist." Hierauf Schluß der äußerst schwach besuchten Versammlung.

Größe der Postkarten. Ueber die zulässigen Abmessungen des Postkarten bestehen, wie uns aus dem Reichspostministerium geschrieben wird, in Versenderkreisen vielfach Zweifel. Die von der Postverwaltung ausgegebenen Postkarten haben die Größenmaße 14 : 9 Zentimeter, wie sie als obere Grenze in den Bestimmungen des Weltpostverkehrs vorgeschrieben sind. Die nicht von der Post bezogenen Postkarten dürfen in Form und Papierstärke nicht wesentlich von den amtlich ausgegebenen abweichen.